

# Beck'sches Handbuch der Personengesellschaften

Gesellschaftsrecht, Steuerrecht

von

Prof. Dr. Ulrich Prinz, Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann, Roman Bärwaldt, Stephanie Bruhn, Jochen Eberhard, Dr. Johannes Frey, Katja Friedrich, Dr. Carl-Christian Knobbe, Prof. Dr. Ralph Landsittel, Dr. Uwe Lochmann, Dr. Welf Müller, Prof. Dr. Norbert Neu, Ulrich Rieck, Michael Röhrs, Dr. Wolfgang Sauter, Prof. Dr. Joachim Schiffers, Stefan Schmidt, Dr. Arndt Stengel, Dr. Heinrich J. Watermeyer, Thomas Wisniewski

4. Auflage

[Beck'sches Handbuch der Personengesellschaften – Prinz / Hoffmann / Bärwaldt / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Personengesellschaften, GbR, Partnerschaftsgesellschaft](#) – [Wirtschaftsrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 64928 8

seinerseits Gesellschaftsvertrag ist und deshalb der Mitwirkung **aller** Altgesellschafter bedarf.<sup>250</sup> Aufgrund der damit verbundenen Änderung im Personenbestand enthält er zugleich die Änderung des bisherigen Gesellschaftsvertrages zwischen den Altgesellschaftern.

Da der Beitrittsvertrag Gesellschaftsvertrag ist, gelten für ihn alle **202** Regeln, die für den ursprünglichen Gründungsvertrag maßgebend sind, also auch diejenigen über Form- und Genehmigungserfordernisse. Leidet der Aufnahmevertrag unter Rechtsmängeln, ist er nach den Regeln über die fehlerhafte Gesellschaft zu behandeln, vorausgesetzt, dass der Beitritt auch vollzogen wurde.<sup>251</sup>

Die Gesellschafter können sich beim Abschluss des Aufnahmevertrages auch vertreten lassen. Die Vollmacht dazu kann entweder gesondert oder auch schon im Gesellschaftsvertrag erteilt werden. Letzteres wird insbesondere bei den Publikumsgesellschaften in verschiedenen Varianten praktiziert. Bei der im Gesellschaftsvertrag enthaltenen Bevollmächtigung kann sowohl die Entscheidung über die Person des Aufzunehmenden als auch der Vertragsschluss selbst einzelnen Gesellschaftern oder den Gesellschaftsorganen – insbesondere den geschäftsführenden Gesellschaftern – überlassen werden.<sup>252</sup> Regelmäßig enthält die Ermächtigung, weitere Gesellschafter aufzunehmen, auch die Vollmacht, die Aufnahmeverträge abzuschließen.<sup>253</sup> Solche Vollmachten sind aber im Zweifel eng auszulegen und erfassen nicht außergewöhnliche Aufnahmebedingungen.<sup>254</sup>

## 2. Folgen des Beitritts

Der Beitritt eines oder mehrerer neuer Gesellschafter lässt die Identität der Gesellschaft unberührt. Bei den Personenhandelsgesellschaften ist der Beitritt nach § 107 HGB zum Handelsregister anzumelden. Die Firma bleibt gemäß § 24 HGB unverändert bestehen. **204**

Doch ändern sich die Beteiligungsverhältnisse der Altgesellschafter entsprechend dem im Aufnahmevertrag bestimmten Umfang. Sachenrechtlich wächst ihnen das Gesellschaftsvermögen in Höhe des dem neu eintretenden Gesellschafter gewährten Anteils ab und diesem zugleich an.<sup>255</sup> Deswegen bedarf es keiner Übertragung einzelner Vermögensgegenstände auf den neuen Gesellschafter und bei Grundbesitz insbesondere keiner Auflassung und Eintragung. Bei der BGB-Gesellschaft ist allerdings eine Grundbuchberichtigung erforderlich, weil ansonsten nach § 899a BGB die dort angeordnete Vermutung eingreift

<sup>250</sup> *Schlegelberger/K. Schmidt* § 105 Rz. 180; *Baumbach/Hopt* § 105 Rz. 67.

<sup>251</sup> BGH 14.10.1991 II ZR 212/90, NJW 1992, 1501, 1502. Andererseits wird ein noch nicht vollzogener fehlerhafter Gesellschaftsvertrag nicht dadurch vollzogen, dass ihm weitere Gesellschafter beitreten, BGH 21.9.2009 II ZR 250/09, DStR 2009, 2382.

<sup>252</sup> BGH 1.3.2011 II ZR 16/10, DStR 2011, 871.

<sup>253</sup> BGH 17.11.1975 II ZR 120/74, DB 1976, 142.

<sup>254</sup> OLG Frankfurt 15.7.1994 24 U 155/93, NJW-RR 1994, 1321.

<sup>255</sup> *K. Schmidt* GesR § 45 II 3 b.

und der neue Gesellschafter bei Grundstücksgeschäften nicht berücksichtigt wird.

Der neu eintretende Gesellschafter haftet wie die Altgesellschafter auch für bereits bestehende Verbindlichkeiten der Gesellschaft (Alt-schulden). Das gilt auch für die BGB-Gesellschaft.<sup>256</sup>

## II. Steuerliche Folgen

205 Die steuerlichen Folgen des Beitritts zu einer bestehenden Personengesellschaft hängen davon ab, in welcher Weise der eintretende Gesellschafter seine Einlage erbringt. Das kann in Form einer Geldeinlage, in Form der Übertragung von Wirtschaftsgütern, in Form der Einbringung eines Einzelunternehmens oder in Form der Einbringung eines Mitunternehmeranteils geschehen.

206 Legt der neu eintretende Gesellschafter ein Einzelunternehmen, einen Teilbetrieb oder einen Mitunternehmeranteil ein, handelt es sich um eine Einbringung im Sinne des § 24 UmwStG. Hierfür gelten die Regeln, die oben unter C.II dargestellt sind.

207 Werden hingegen einzelne Vermögensgegenstände/Wirtschaftsgüter im Wege der Sacheinlage in das Betriebsvermögen der Gesellschaft eingebracht, gelten die nachfolgenden Grundsätze, die im Übrigen auch bei der Gründung Anwendung finden, wenn und soweit die Gesellschafter dabei Sacheinlagen leisten.

Für die steuerliche Behandlung ist grundlegend zunächst danach zu unterscheiden, ob der Vermögensgegenstand aus dem Privatvermögen des Gesellschafters oder einem Betriebsvermögen stammt.

Bringt der Gesellschafter einen oder mehrere Gegenstände aus seinem **Privatvermögen** als Einlage, also gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten, in die Gesellschaft ein, ist dies nach der Rechtsprechung des BFH als tauschähnlicher Vorgang zu werten, der beim einbringenden Gesellschafter zu einem entgeltlichen Veräußerungsgeschäft und bei der aufnehmenden Gesellschaft zu einem Anschaffungsgeschäft führt.<sup>257</sup> Bei der Gesellschaft ist dafür der gemeine Wert (Verkehrswert) des Vermögensgegenstandes anzusetzen.<sup>258</sup> § 6 Abs. 1 Nr. 5 EStG findet deshalb keine Anwendung.<sup>259</sup> Soweit der Veräußerungsvorgang beim einlegenden Gesellschafter steuerpflichtig ist – z. B. bei Einbringung einer wesentlichen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft oder eines Grundstücks vor Ablauf der Spekulationsfrist –, ist der Besteuerung dieser (gemeine) Wert als Veräußerungspreis zugrunde zu legen. Die Verlagerung stiller Reserven bzw. stiller Wertminderungen des einge-

<sup>256</sup> BGH 12.12.2005 II ZR 283/03, DStR 2006, 106; BGH 19.7.2011 II ZR 300/08, BB 2011, 2383.

<sup>257</sup> BFH v. 19.10.1998 VIII R. 69/95, DStR 1999, 366. Zu Abgrenzungsfragen gegenüber der unentgeltlichen Übertragung, die als (verdeckte) Einlage zu bewerten ist, BMF-Schreiben v. 11.7.2011 IV C 6 – S 2178/09/10001, BStBl. I 2011, 713.

<sup>258</sup> BFH (Fn. 257).

<sup>259</sup> So auch BMF 29.3.2000 BStBl. I 2000, 462.

brachten Gegenstandes in den betrieblichen Bereich der Gesellschaft ist dadurch ausgeschlossen.<sup>260</sup>

Wird der Vermögensgegenstand hingegen aus einem **Betriebsvermögen** des eintretenden Gesellschafters eingebracht, ist der Vorgang nach der Vorschrift des § 6 Abs. 5 EStG zu beurteilen, der in der Vergangenheit die besondere Aufmerksamkeit des Gesetzgebers erfahren hatte.<sup>261</sup> Aktuell gilt, dass bei Einbringung eines Wirtschaftsgutes aus einem Betriebsvermögen (§ 6 Abs. 5 S. 3 Nr. 1 EStG) bzw. einem Sonderbetriebsvermögen (§ 6 Abs. 5 S. 3 Nr. 2 EStG) in das Betriebsvermögen der Gesellschaft „gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten“ stets der Buchwert anzusetzen/fortzuführen ist (Buchwertzwang).<sup>262</sup> Wollen die Gesellschafter hingegen die in dem als Sacheinlage einzubringenden Wirtschaftsgut vorhandenen stillen Reserven realisieren und mit dem Teilwert ansetzen, kann dies rechtsgestalterisch nur mehr in der Weise erreicht werden, dass der beitretende Gesellschafter den Gegenstand nicht unmittelbar einbringt, sondern ihn wie unter Dritten an die Gesellschaft veräußert und sodann entweder den Gegenwert oder die Kaufpreisforderung einlegt.

Aus Sicht der bestehenden Personengesellschaft stellt sich die Aufnahme eines neuen Gesellschafters abweichend vom Zivilrecht als Einbringungsvorgang in eine (gänzlich) neue, um den neuen Gesellschafter erweiterte Personengesellschaft dar. Die Altgesellschafter legen dabei – wirtschaftlich gesehen – ihre Mitunternehmeranteile an der bisherigen Personengesellschaft in die neue Gesellschaft ein.<sup>263</sup> Dafür gelten die Regelungen in § 24 UmwStG und demgemäß die oben unter C.II dargestellten Grundsätze.

(einstweilen frei)

210–214

## E. Steuerliche Folgen der Gründung

### I. Die Personengesellschaft als Steuerschuldner

Die Personengesellschaften sind als solche nicht einkommensteuerpflichtig. Der Gewinn, der von den Personengesellschaften erwirtschaftet wird, wird vielmehr bei den Gesellschaftern erfasst.<sup>264</sup> Einkommensteuerlich ist die Personengesellschaft also nicht Steuerschuldner.

Hingegen unterliegt die Personengesellschaft als solche der Umsatzsteuer (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 UStG), der Gewerbesteuer (§ 5 Abs. 1 S. 3

<sup>260</sup> Zu Einzelheiten vgl. *Kölpin* StuB 2000, 749.

<sup>261</sup> Zu den sich daraus ergebenden „Schichten“ der Rechtsanwendung etwa *Hoffmann* in *Littmann/Bitz/Pust* Das Einkommensteuerrecht, § 6 Rz. 1128 ff.

<sup>262</sup> Zu Einzelheiten vgl. BMF-Schreiben v. 8.12.2011 – IV C 6 – S 2241/10/10002, BStBl. I 2011, 1279.

<sup>263</sup> *Schlößer* in *Haritz/Benkert* § 24 Rz. 8; *Ott* Fallsammlung Umwandlungssteuerrecht 2. Aufl. S. 183.

<sup>264</sup> Vgl. nur *Knobbe-Keuk* § 9 I 1.

GewStG) und der Grunderwerbsteuer (§ 13 GrEStG).<sup>265</sup> Für diese Steuerarten schuldet die Personengesellschaft selbst die anfallende Steuer. Steuerbescheide sind an sie und nicht an die Gesellschafter zu richten.<sup>266</sup> Nur die Gesellschaft selbst kann dagegen Rechtsbehelfe einlegen.<sup>267</sup> Für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts müssen dabei alle Gesellschafter gemeinschaftlich handeln.<sup>268</sup>

## II. Steuerliche Pflichten

### 1. Anzeigepflichten

- 217 Aus der Eigenschaft der Personengesellschaften als – partielles – eigenes Steuersubjekt folgen auch bestimmte steuerliche Pflichten, die von der Gründung an bestehen. Nach § 137 AO müssen – auch – die Personengesellschaften dem örtlichen Finanzamt zum Zwecke der steuerlichen Erfassung unter anderem die Gründung binnen eines Monats und danach jeweils sämtliche Umstände anzeigen, die für die steuerliche Erfassung von Bedeutung sind. Betreibt die Personengesellschaft einen Gewerbebetrieb, ist auch dies nach § 138 AO der Gemeinde anzuzeigen, in der der Betrieb eröffnet wird.

### 2. Buchführungspflichten

- 218 Jedenfalls die Personenhandelsgesellschaften müssen mit Aufnahme ihres Handelsgewerbes, beginnend mit dem ersten buchungspflichtigen Geschäftsvorfall,<sup>269</sup> Bücher führen (§ 238 i.V.m. § 6 HGB). Sie haben diese Pflicht auch für die Zwecke der Besteuerung zu erfüllen. Soweit die in § 141 AO genannten Grenzbeträge überschritten sind, sind davon auch gewerblich tätige BGB-Gesellschaften betroffen. Auch hier trifft die Buchführungspflicht nicht den einzelnen Gesellschafter, sondern die Gesellschaft selbst.<sup>270</sup>
- 219 Im Besonderen müssen die – bilanzierungspflichtigen – Personenhandelsgesellschaften mit Beginn ihres Handelsgewerbes eine Eröffnungsbilanz aufstellen (§ 242 HGB). Diese Pflicht gilt über den Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handels- für die Steuerbilanz und in Verbindung mit § 252 Abs. 1 Nr. 1 HGB (Bilanzzusammenhang) auch für steuerliche Zwecke und darüber hinaus aufgrund der Verweisung in § 141 AO auch für die gewerblich tätigen BGB-Gesellschaften.

<sup>265</sup> Solange die Vermögensteuer noch erhoben wurde, war die Personengesellschaft auch als solche vermögenssteuerpflichtig, vgl. § 1 VStG.

<sup>266</sup> Vgl. nur BFH v. 11.2.1987 II R. 103/84, NJW 1987, 1720.

<sup>267</sup> BFH v. 22.10.1986 II R. 118/84, NJW 1987, 1719.

<sup>268</sup> BFH NJW 1989, 1719.

<sup>269</sup> Baumbach/Hopt § 238 Rz. 16.

<sup>270</sup> Vgl. Kühn/Hofmann AO § 141 Rz. 2.

## § 3 Organisationsrecht

Bearbeiter: Dr. Arndt Stengel

### Übersicht

	Rz.
<b>A. Grundprinzipien</b> . . . . .	1–24
I. Trennung von Innen- und Außenrecht . . . . .	1
II. Vertragsfreiheit . . . . .	2
III. Grenzen der Vertragsfreiheit . . . . .	3–24
1. Zwingende Vorschriften des Privatrechts . . . . .	4
2. Außenverhältnis . . . . .	5–7
a) Vertretung . . . . .	5–6 a
b) Haftung . . . . .	7
3. Innenverhältnis . . . . .	8–16
a) Minderheitenschutz . . . . .	9–14
b) Abspaltungsverbot . . . . .	15
c) Grundsatz der Selbstorganschaft . . . . .	16
4. Gerichtliche Inhaltskontrolle . . . . .	17
5. Deutscher Corporate Governance Kodex . . . . .	18–24
<b>B. Geschäftsführung</b> . . . . .	25–234
I. Begriff und Inhalt der Geschäftsführung . . . . .	25–27
II. Ausübungsformen der Geschäftsführung . . . . .	28–69
1. Einleitung . . . . .	28–31
2. Einzelgeschäftsführung aller oder mehrerer Gesellschafter . . . . .	32–34
3. Gesamtgeschäftsführung . . . . .	35–48
a) Einstimmigkeitsprinzip . . . . .	36–46
aa) Grundsatz . . . . .	37–41
bb) Grenzen des Zustimmungsrechts . . . . .	42–46
b) Mehrheitsprinzip . . . . .	47, 48
4. Gemischte Einzel- und Gesamtgeschäftsführung . . . . .	49
5. Mitwirkung Dritter . . . . .	50–69
a) Abspaltungsverbot . . . . .	51–53
b) Selbstorganschaft . . . . .	54
c) Ausnahmen . . . . .	55–57
d) Delegation . . . . .	58–69
III. Umfang der Geschäftsführungsbefugnis . . . . .	70–94
1. Gesetzliche Regelungen . . . . .	71–83
a) BGB-Gesellschaft . . . . .	71
b) OHG und KG . . . . .	72–83
aa) Gewöhnliche Geschäfte . . . . .	73
bb) Außergewöhnliche Geschäfte . . . . .	74–77
cc) Prokuraerteilung und -widerruf . . . . .	78–83
2. Abweichende Vereinbarungen . . . . .	84–94
IV. Einzelgeschäftsführungsbefugnisse jedes Gesellschafters . . . . .	95–114
1. Notgeschäftsführung . . . . .	95, 96
2. Einzelklagebefugnis nach § 432 BGB . . . . .	97–99
3. Actio pro socio . . . . .	100–114

	Rz.
a) Einleitung . . . . .	101, 102
b) Voraussetzungen . . . . .	103–108
c) Verfügungsbefugnis . . . . .	109
d) Abdingbarkeit . . . . .	110
e) Verhältnis zur Gesellschaftsklage . . . . .	111–114
V. Widerspruchsrecht . . . . .	115–129
1. Grundsatz . . . . .	115
2. Ausübung . . . . .	116–119
3. Grenzen . . . . .	120, 121
4. Wirkungen . . . . .	122–124
a) Berechtigter Widerspruch . . . . .	122, 123
b) Unberechtigter Widerspruch . . . . .	124
5. Abweichende Vereinbarungen . . . . .	125–129
VI. Vergütung und Aufwendungsersatz . . . . .	130–159
1. Vergütung . . . . .	130–140
a) Vertragliche Vereinbarung . . . . .	130–134
b) Inhaltliche Gestaltung . . . . .	135
c) Pflichtverletzungen . . . . .	136
d) Schadensersatzansprüche gegen Dritte . . . . .	137
e) Auswirkungen auf die Kommanditistenhaftung . . . . .	138–140
2. Aufwendungsersatz . . . . .	141–159
a) BGB-Gesellschaft . . . . .	141–144
b) OHG und KG . . . . .	145–154
aa) Ersatzberechtigte . . . . .	146, 147
bb) Aufwendungsersatz . . . . .	148, 149
cc) Verlustersatz . . . . .	150–153
dd) Inhalt des Anspruchs . . . . .	154
c) Abweichende Vereinbarungen . . . . .	155–159
VII. Überschreitung der Geschäftsführungsbefugnis . . . . .	160–174
1. Unterlassungsanspruch . . . . .	161–163
a) Inhaltlich pflichtwidrige Maßnahme . . . . .	161
b) Kompetenzwidrige Maßnahme . . . . .	162, 163
2. Schadensersatz . . . . .	164–174
VIII. Aufhebung der Geschäftsführungsbefugnis . . . . .	175–219
1. Entziehung . . . . .	175–201
a) Anwendungsbereich . . . . .	176–179
aa) BGB-Gesellschaft . . . . .	177, 178
bb) OHG und KG . . . . .	179
b) Wichtiger Grund . . . . .	180–183
c) Verfahren . . . . .	184–191
aa) BGB-Gesellschaft . . . . .	184–186
bb) OHG und KG . . . . .	187–191
d) Wirkungen . . . . .	192–194
aa) BGB-Gesellschaft . . . . .	192
bb) OHG und KG . . . . .	193, 194
e) Abweichende Vereinbarungen . . . . .	195–201
aa) Erleichterungen . . . . .	196–198
bb) Erschwerungen . . . . .	199
cc) Schiedsverfahren . . . . .	200, 201
2. Kündigung der Geschäftsführung . . . . .	202–219
a) Gesetzliche Regelung . . . . .	202–204
b) Vertragliche Vereinbarungen . . . . .	205–219

	Rz.
IX. Haftung . . . . .	220–234
1. Anspruchsgrundlage . . . . .	220, 221
2. Haftungsmaßstab der eigenüblichen Sorgfalt . . . . .	222–224
3. Geltendmachung und Beweislast . . . . .	225–227
4. Entlastung . . . . .	228–230
5. Abweichende Vereinbarungen . . . . .	231–234
<b>C. Vertretung</b> . . . . .	<b>235–384</b>
I. Begriff . . . . .	235–244
1. Abgrenzung zur Geschäftsführung . . . . .	235
2. Vertretung der BGB-Gesellschaft . . . . .	236–238
3. Natur der Vertretungsmacht . . . . .	239–244
II. Ausübungsformen der Vertretung . . . . .	245–309
1. Gesetzliche Vertretungsregelungen . . . . .	245–254
a) BGB-Gesellschaft . . . . .	246–250
b) OHG und KG . . . . .	251–254
2. Einzelvertretung aller oder einzelner Gesellschafter und Widerspruchsrecht . . . . .	255–258
a) BGB-Gesellschaft . . . . .	256, 257
b) OHG und KG . . . . .	258
3. Gesamtvertretung . . . . .	259–291
a) Formen der Gesamtvertretung . . . . .	260–270
aa) Allgemein . . . . .	261–266
bb) Insbesondere: gemischte (unechte) Gesamtvertretung . . . . .	267–270
b) Gemeinschaftliches Handeln . . . . .	271, 272
c) Ermächtigung einzelner Gesellschafter . . . . .	273–277
d) Genehmigung . . . . .	278–281
e) Empfang von Willenserklärungen und Wissenszurechnung . . . . .	282–286
f) Eintragung ins Handelsregister . . . . .	287–291
4. Dritte als Vertreter . . . . .	292–309
a) Abspaltungsverbot und Selbstorganschaft . . . . .	293, 294
b) Ausnahmen . . . . .	295–298
c) Delegation . . . . .	299–309
III. Umfang der Vertretungsmacht . . . . .	310–334
1. Gesetzliche Regelungen . . . . .	310–315
a) BGB-Gesellschaft . . . . .	310–313
b) OHG und KG . . . . .	314, 315
2. Beschränkungen der Vertretungsmacht . . . . .	316–319
a) BGB-Gesellschaft . . . . .	316
b) OHG und KG . . . . .	317–319
3. Grenzen der Vertretungsmacht . . . . .	320
4. Selbstkontrahierungsverbot . . . . .	321, 322
5. Überschreitung der Vertretungsmacht und Rechtsscheinhaftung . . . . .	323, 324
6. Missbrauch der Vertretungsmacht . . . . .	325–334
IV. Aufhebung der Vertretungsmacht . . . . .	335–354
1. Entziehung der Vertretungsmacht . . . . .	335–350
a) Anwendungsbereich . . . . .	336–340
aa) BGB-Gesellschaft . . . . .	336, 337
bb) OHG und KG . . . . .	338–340
b) Wichtiger Grund . . . . .	341, 342



	Rz.
c) Verfahren . . . . .	343–345
aa) BGB-Gesellschaft . . . . .	343
bb) OHG und KG . . . . .	344, 345
d) Wirkungen . . . . .	346, 347
aa) BGB-Gesellschaft . . . . .	346
bb) OHG und KG . . . . .	347
e) Abweichende Vereinbarungen . . . . .	348–350
aa) Erleichterung . . . . .	349
bb) Erschwerung . . . . .	350
2. Niederlegung . . . . .	351–354
a) BGB-Gesellschaft . . . . .	351
b) OHG und KG . . . . .	352–354
V. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht . . . . .	355–384
1. Prokura . . . . .	356–366
a) Erteilung . . . . .	356–359
b) Umfang . . . . .	360–364
c) Widerruf und Erlöschen . . . . .	365
d) Handelsregistereintragung . . . . .	366
2. Handlungsvollmacht . . . . .	367–373
a) Erteilung . . . . .	367, 368
b) Umfang . . . . .	369–371
c) Widerruf und Erlöschen . . . . .	372
d) Handelsregistereintragung . . . . .	373
3. Generalvollmacht . . . . .	374–384
a) Erteilung . . . . .	374
b) Umfang . . . . .	375
c) Widerruf und Erlöschen . . . . .	376
d) Handelsregistereintragung . . . . .	377–384
<b>D. Gesellschafterbeschlüsse . . . . .</b>	<b>385–505</b>
I. Einführung . . . . .	385–399
1. Rechtsnatur . . . . .	386, 387
2. Beschlussgegenstände . . . . .	388–393
a) Grundlagengeschäfte . . . . .	389, 390
b) Geschäftsführungsmaßnahmen . . . . .	391, 392
c) Sonstige gemeinsame Gesellschafts- angelegenheiten . . . . .	393
3. Mitwirkende Gesellschafter . . . . .	394–399
II. Erfordernis eines Gesellschafterbeschlusses . . . . .	400–439
1. Änderungen des Gesellschaftsvertrages . . . . .	400–411
a) Aufnahme eines neuen Gesellschafters . . . . .	401
b) Einräumung einer Treuhänderstellung . . . . .	402
c) Gesellschafterausschluss . . . . .	403–406
aa) BGB-Gesellschaft . . . . .	403
bb) OHG und KG . . . . .	404–406
d) Entziehung der Geschäftsführungs- und/oder Vertretungsbefugnis . . . . .	407, 408
aa) BGB-Gesellschaft . . . . .	407
bb) OHG und KG . . . . .	408
e) Erhöhung der Beiträge . . . . .	409–411
2. Auflösung/Liquidation der Gesellschaft . . . . .	412–418
a) Auflösungsbeschluss . . . . .	412, 413
b) Maßnahmen in und nach der Liquidation . . . . .	414–416